

# Europa

## Europa: Einig, stark und weltoffen (E1)

Die SPD ist Europapartei. Wir sehen unsere Zukunft, unser Wohlergehen und unsere moralische Verantwortung in einem demokratischen, einigen, starken und weltoffenen Europa.

Europa ist für uns ein Friedensgeschenk, das wir bewahren müssen. Der friedliche und demokratische europäische Einigungsprozess in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhundert hat den Krieg und den kalten Krieg in Europa überwunden. Deutschland hat Europa besonders viel zu verdanken. Europa hat uns die Chance eines Neubeginns nach den Naziverbrechen eröffnet, die Aussöhnung mit unseren Nachbarn ermöglicht und damit auch die Deutsche Einheit. Nur so konnte die Selbstverständlichkeit des europäischen Miteinanders entstehen, die sich auf wunderbare Weise als Generation Erasmus manifestiert und zunehmend zur Lebenswirklichkeit in Europa wird.

Europa ist im globalisierten 21. Jahrhundert darüber hinaus eine Notwendigkeit, weil der Nationalstaat fast überall an seine Grenzen stößt. Kein europäisches Land alleine kann sich im Konzert der Weltmächte Gehör verschaffen und sich erfolgreich für eine regelbasierte und multilaterale Weltordnung einsetzen. Kein Land alleine kann die Flüchtlingskrise meistern oder erfolgreich eine gute wirtschaftliche und politische Entwicklung in Afrika und Vorderasien befördern. Kein Land alleine kann sich schützen in einer Zeit, da die USA, der wir unglaublich viel zu verdanken haben, mit Trump unzuverlässig geworden sind. Kein Land alleine kann eine gedeihliche Nachbarschaft mit Russland oder eine gute und tragfähige Partnerschaft mit China und Indien erfolgreich gestalten.

Kein Land alleine kann den globalen Kapitalismus zur sozialen Marktwirtschaft zähmen. Kein Land alleine kann gerechte Steuern und einen starken Sozialstaat sichern, kann den globalen Finanzsektor bändigen. Kein Land alleine kann in unserer europäischen Währungsunion erfolgreich sein. Kein Land alleine kann so überzeugend offene und faire Handelspolitik betreiben, wie die Europäische Union gemeinsam mit dem größten Binnenmarkt der Welt im Rücken. Keinem Land alleine werden Klimaschutz und Energiewende gelingen. Kein Land alle kann die menschliche Ausgestaltung der fortgesetzten digitalen Revolution schaffen.

Europa muss sich rasch weiterentwickeln, um den neuen Herausforderungen gerecht zu werden. Die Rechtspopulisten lauern nur darauf, dass die Europäische Union als weltweit herausragendes soziales Fortschrittsprojekt jenseits des Nationalstaats scheitert. Es ist kein Zufall, dass Donald Trump und seinen nationalistischen Helfer in Europa und Deutschland die Europäische Union so gezielt bekämpfen. Ein pro-europäischer Präsident Emmanuel Macron in Frankreich und eine pro-europäische Regierung in Deutschland ist für Europa nach vielen Jahren der Zögerlichkeit und des Durchwurstelns eine einmalige Gelegenheit, um die Herausforderung anzunehmen und die nächsten Schritte für Europa zu wagen. Diese Chance gilt es zu nutzen.

„Der neue Aufbruch für Europa“ ist ein sozialdemokratisches Projekt im besten Sinne. Zukunftsgewandt, aber nicht geschichtsvergessen. Kühn, aber nicht utopisch. Sozial und zugleich weltoffen. Freiheitlich und demokratisch, aber mit und nicht gegen einen starken Staat. Angesichts der europapolitischen Orientierungslosigkeit der Union in den letzten Monaten ist es höchste Zeit, dass der neue Aufbruch für Europa im Sinne des geltenden Koalitionsvertrags und der pro-europäischen Tradition von Konrad Adenauer und Helmut Kohl auch wieder ein christdemokratisches Projekt wird. Mit Schönwettereuropäern, die bei Landtagswahlen dann lieber der AfD hinterherlaufen, kann der Aufbruch kaum gelingen.

Die SPD Thüringen setzt sich für ein einiges und starkes, soziales und weltoffenes, demokratisches und freiheitliches Europa mit einem starken gemeinsamen Menschenrechts- und Grundrechtsfundament ein. Nur mit vereinten Kräften hat Europa die Chance, die globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu meistern, unserer Verantwortung gerecht zu werden und unseren Bürgerinnen und Bürgern zu dienen.

### Probleme im Innern der Union angehen

Die Handlungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit der Europäischen Union nach Außen hängt maßgeblich von unserer Fähigkeit ab, die verschleppten Probleme im Innern endlich anzugehen. Dies gilt insbesondere für die institutionellen Unzulänglichkeiten, die die Eurokrise und die Flüchtlingskrise begünstigt haben. Der Euro als europäische Währungsunion und das Europa der offenen Grenzen im Innern sind großartige und unverzichtbare europäische Errungenschaften. Aber seinerzeit wurde weder

der Vertrag von Maastricht, mit dem der Euro geschaffen wurde, noch das Schengener Abkommen, mit dem die Grenzen im Innern der EU gefallen sind, wirklich krisenfest ausgestaltet. Das muss nun dringend nachgeholt werden, und zwar möglichst im Konsens. Das darf aber nicht bedeuten, dass die Zögerlichsten in der Koalition und die langsamsten europäischen Partner das Tempo bestimmen. Sonst wird daraus schnell ein Programm zur Stärkung der Rechtspopulisten statt zur Lösung der Probleme Europas.

Es ist ein gefährliches politisches Paradox, dass die kurzfristigen Risiken der Euro- und Flüchtlingskrise überschätzt, die langfristigen jedoch unterschätzt werden. Tatsächlich hat sich der Zustand der Währungsunion in den letzten 5 Jahren deutlich verbessert und die Flüchtlingszahlen sind rückläufig. Dies ist auch eine Folge eines vergleichsweise erfolgreichen Krisenmanagements. Aber gleichzeitig sind wir auf eine neuerliche Eurokrise oder auf eine neuerliche Flüchtlingskrise noch immer nicht gut vorbereitet. Deshalb ist jetzt der richtige Moment, endlich vom Krisenmanagement, bei dem man auf Sicht fährt, umzuschwenken auf eine längerfristig orientierte Politik, die die Probleme wirklich löst.

Bildhaft gesprochen heißt das, wir brauchen jetzt nicht immer mehr Eimer auf dem Dachboden, sondern Dachdecker, die das Dach sanieren, während die Sonne scheint. In der Bundesregierung ist dabei die Bundeskanzlerin besonders gefragt, die im letzten Jahrzehnt eher als taktische Krisenmanagerin denn als Problemlöserin hervortrat. Auch deshalb kommt den zuständigen Fachministern ein hohes Maß an Verantwortung zu. Dies gilt in besonderem Maße für die Großthemen Flüchtlingskrise und Zukunft des Euros. Im Gegensatz zu Olaf Scholz wurde hier Horst Seehofer seiner Verantwortung erkennbar nicht gerecht.

## **Währungsunion vollenden**

Dem Bundesfinanzminister ist es gemeinsam mit Frankreich rasch gelungen, eine inhaltliche fundierte Vertrauensbasis zur Lösung auch schwieriger Probleme in der Eurozone zu schaffen. Der Grundgedanke, dass Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten und Investoren mit mehr europäischer Solidarität im Krisenfall kombiniert werden muss, überzeugt. Dies Prinzip kommt beim geplanten Ausbau der Bankenunion zur Anwendung, indem eine stärkere Verlustverantwortung der Gläubiger mit einem robusteren Stabilisierungsinstrument kombiniert wird. Er prägt auch die Weiterentwicklung des Europäischen Stabilitätsmechanismus zum europäischen Währungsfonds und die verbesserte Möglichkeit zur Restrukturierung von Staatsanleihen überschuldeter Mitgliedstaaten, ohne dabei die Finanzstabilität zu gefährden oder den Steuerzahler zu belasten.

Einen entscheidenden Akzent hat Olaf Scholz auch mit seinem Vorschlag für eine europäische Arbeitslosenrückversicherung gesetzt. Dabei wird die nationale Selbstvorsorge in den Arbeitslosenversicherungssystemen verbindlich eingefordert, so dass nur bei extremen wirtschaftlichen Schocks eine europäische Rückversicherung aktiviert wird, die befristet zur Abfederung einspringt. So wird das soziale Europa deutlich gestärkt und die Stabilität der Währungsunion ohne die Gefahr von Dauertransfers deutlich verbessert.

Auf Basis dieser guten Zusammenarbeit wird man auch das heikle Problem der Wettbewerbsfähigkeit angehen können. In einer Währungsunion kann das Problem sehr unterschiedlicher Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr einfach über den Wechselkurs gelöst werden. Für Krisenländer können anderthalb Jahrzehnt der Stagnation und Massenarbeitslosigkeit die Folge sein, mit dramatischen gesellschaftlichen und politischen Auswirkungen. Dagegen mit einer großen Transferunion anzugehen, wäre für die stärkeren Länder extrem teuer und für die Krisenländer erniedrigend. Deshalb lehnen wir dies ab. Stattdessen ist für die starken Länder und die Währungsunion insgesamt eine zügige symmetrische Anpassung besser. Das heißt, die Krisenländer werden lediglich temporär und gezielt im Rahmen eines klar umgrenzten Eurozonenbudgets bei produktivitätssteigernden Investitionen und Reformen unterstützt. Gleichzeitig bauen die starken Länder ihre hohen Leistungsbilanzüberschüsse durch Zukunftsinvestitionen im Inland und durch angemessene Lohnsteigerungen ab. Kurzum: Zur Vollendung der Währungsunion ist noch viel zu leisten, aber die Arbeit geht voran.

## **Humanitären Umgang mit Flüchtlingen und Schutz der Außengrenzen europäisieren**

Was Horst Seehofer hat als Innenminister bisher zur Lösung der Flüchtlingskrise beigetragen hat, grenzt dagegen an Arbeitsverweigerung. In den europäischen Ratssitzungen sucht er nicht nach tragfähigen europäischen Regelungen, sondern glänzte lange durch Abwesenheit. Stattdessen hielt er Deutschland über Wochen mit einem geheimen Masterplan in Atem, der nun dazu führt, dass an drei Grenzübergängen in Deutschland täglich etwa fünf Flüchtlinge aufgehalten werden sollen. Von seinem

unsäglichen Vorgehen im Fall Maaßen ganz zu schweigen. Diese Simulation von Politik war ein Trauerspiel, das sich in dieser Koalition nicht wiederholen darf.

In Europa müssen wir Flüchtlingspolitik endlich europäisch gestalten und nicht mehr so, als hätten wir noch Grenzen im Innern. Der humanitäre Umgang mit Flüchtlingen und der Schutz der Außengrenzen müssen endlich zur gesamteuropäischen Aufgabe werden. Das bedeutet, wir müssen beides europäisch finanzieren und organisieren. Im Ergebnis kann Europa damit seiner humanitären Verantwortung besser gerecht werden und zugleich wird der Kontrollverlust an den Außengrenzen gestoppt. Statt Idomeni hätten wir gut ausgestattete Erstaufnahmestellen für Flüchtlinge, klare und rasche Anerkennungsverfahren, und eine faire Beteiligung aller Mitgliedstaaten an der weiteren Unterbringung der Flüchtlinge im Sinne unserer Gesetze.

Wenn alle Länder wissen, dass die Kosten für die Aufnahme von Flüchtlingen europäisch erstattet werden, wird es leichter sicherzustellen, dass sich jeder Mitgliedstaat angemessen beteiligt. Gleichzeitig entschärft man so die Sorge ärmerer Inländer, dass sie mit Flüchtlingen um knappe Mittel konkurrieren müssen. Umgekehrt muss sichergestellt sein, dass die europäischen Außengrenzen überall nach den gleichen Kontroll- und Menschenrechtsstandards geschützt werden. Auch wird man sich schrittweise auf ein europäisches Asylrecht verständigen müssen.

Zusätzlich benötigt Deutschland dringend einen glaubwürdigen Masterplan für Integration und ein modernes Einwanderungsgesetz. In allen integrationsrelevanten Bereichen benötigen wir ambitionierte und zugleich realistische Ziele, an denen sich die Politik dann auch messen lassen muss. Dies gilt für den Spracherwerb, für die Ausbildung und die Arbeitsmarktintegration. Wer zu uns kommt, muss die Chance auf und die Unterstützung für Integration bekommen und zugleich müssen wir als Gesellschaft diese Integration auch einfordern. Dabei bedeutet Integration nicht kulturelle Überanpassung, sondern die notwendige sprachliche und kulturelle Integrationsleistung, die eine unabdingbare Voraussetzung für ein gedeihliches Miteinander in einem modernen Einwanderungsland ist. Dazu gehört ein modernes Einwanderungsgesetz, das für Deutschland eine Frage der Zukunftsfähigkeit ist. Damit auch wird erreicht, dass sich Anträge für eine berufsbedingte Einwanderung nach Deutschland in Zukunft in Herkunftsländern stellen lassen, statt dass gefährliche Fluchtwege und das für eine klassische Einwanderung nicht gemacht Asylverfahren zum Zwecke der klassischen Einwanderung beschritten werden. Perspektivisch wird es auch hier europäische Standards geben müssen, zum Beispiel um die heutige Praxis zu unterbinden, dass einzelne Mitgliedstaaten gegen viel Geld Staatsbürgerschaften zu verkaufen, die dann allerdings Zugang zum gesamten europäischen Arbeitsmarkt bietet. Nur wer bereit ist, sich dieser politischen Mammutaufgabe über die kommenden Jahre zu stellen, taugt zum Bundesinnenminister.

## **Soziales Europa stärken**

Die Europäische Union steht für einen starken Sozialstaat. Mit dem Wissen, dass ungleiches Vermögen mit ungleichen Chancen einhergeht, versteht sich die SPD als starke Stimme für die Interessen und Belange der europäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Für uns ist die europäische Frage insbesondere eine soziale Frage. Dabei müssen wir feststellen, dass der weiterhin überwiegend national organisierte Sozialstaat zunehmend an seine Grenzen stößt. Dies liegt an der zunehmenden grenzüberschreitenden Mobilität innerhalb der EU, die eine Erfolgsgeschichte sowohl aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger wie auch aus Sicht der Wirtschaft darstellt.

Aber es darf nicht sein, dass der Binnenmarkt die national organisierten Sozialstaaten in eine destruktive Konkurrenzsituation miteinander bringt. Diese Form von sozialem Unterbietungswettbewerb, bei der am Ende die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Leidtragenden sind, gefährden den sozialen Frieden, befördern nationalistische und protektionistische Reflexe und bedrohen unseren Wohlstand und den europäischen Zusammenhalt.

Deshalb fordern wir die Einführung eines europaweiten Systems von Mindestlöhnen. Sie müssen jeweils einen angemessenen Mindestprozentsatz des jeweiligen nationalen medianen Stundenlohnes betragen. Und deshalb setzen wir uns ein für die Stärkung der europäischen Zuständigkeit bei der Zurückdrängung von Lohndumping und Sozialabbau, bei der Bekämpfung von Jugend- und Massenarbeitslosigkeit. Die europäische Jugendgarantie, die in zahlreichen Gipfelerklärungen den Jungendarbeitslose überall in Europa innerhalb von 4 Monaten ein Beschäftigungsangebot, einen Ausbildungs- oder Praktikumsplatz oder eine Fortbildung in Aussicht gestellt hat, muss endlich umgesetzt werden.

Wir fordern, die die heutige Generaldirektion Beschäftigung zu einer handlungsfähigen Europäischen Arbeitsbehörde auszubauen, der ein europäischer Arbeitsminister vorsteht. Dabei geht es nicht darum, das Subsidiaritätsprinzip auszuhebeln. Sondern es geht darum zu verhindern, dass der

Standortwettbewerb die Arbeitnehmerrechte aushebelt. Die Europäische Arbeitsbehörde müsste folgerichtig überall dort ihre Zuständigkeit erhalten, wo die nationalen Regelungen offensichtlich überfordert sind. Dies gilt natürlich insbesondere für den Schutz grenzüberschreitender Beschäftigungsverhältnisse und die Verhinderung von Lohn- und Sozialdumping.

Es muss in der EU gelten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Nur so kann können Tarifverhandlungen vernünftig geführt, kann der Sozialstaat ordentlich funktionieren. Die Reform der EU-Entsenderichtlinie ist ein wichtiger Schritt, um diesen Grundsatz in Europa endlich wirkungsvoll durchzusetzen. Es darf nicht der einzige bleiben. Soziale Rechte und wirtschaftliche Freiheiten endlich gleichrangig behandelt werden. Dafür müssen soziale Rechte im Primärrecht, also in den europäischen Verträgen, verankert werden. Und ihre Einhaltung muss durch die Europäische Arbeitsbehörde kontinuierlich überwacht werden. Nur so verhindert man Sozialdumping nachhaltig. Der auf dem Gipfel von Göteborg beschlossene „Europäische Säule Sozialer Rechte“ müssen nun endlich Taten folgen.

## **Steueroasen trockenlegen**

Der soziale Ausgleich braucht ein faires Steuersystem, sonst macht die entgrenzte Marktwirtschaft den Sozialstaat kaputt. Derzeit ist unser Steuersystem durch immer neue grenzüberschreitende Steuervermeidungs- oder gar Steuerhinterziehungsmodelle bedroht. Dies gilt sogar innerhalb der Europäischen Union. Denn die heutigen Regeln des europäischen Binnenmarkts erschweren es, unfairen Steuerpraktiken innerhalb der EU beizukommen.

Diese Steueroasen müssen wir endlich trockenlegen, durch mehr Transparenz, aber vor allem durch bessere Regel. Wenn es offenbar nicht möglich ist, eine gemeinsame Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer zusammen mit Mindeststeuersätzen auf europäischer Ebene zu vereinbaren, müssen einige Länder vorangehen und gleichzeitig die Grenzen der Regeln des Binnenmarkts zur Bekämpfung der Steuerflucht beherzt ausloten. Hierzu zeichnet sich zunehmend eine Bereitschaft zwischen Paris und Berlin ab, genauso wie in der Frage der Besteuerung der Digitalen Plattformen. Außerdem ist nun endlich, nach Jahren des Zauderns ein deutsch-französischer Konsens erreicht worden zur Einführung der ersten Stufe einer echten Finanztransaktionssteuer. Weiterhin begrüßen wir den Vorschlag, endlich eine globale Mindestbesteuerung für internationale agierende Unternehmen durchzusetzen. Nun müssen den Worten Taten folgen.

## **Infrastrukturen stärken und Kohäsion sichern**

Die Stärkung der grenzüberschreitenden Infrastrukturen und die Fortsetzung der Kohäsionspolitik ist von entscheidender Bedeutung, damit Europa zusammenwächst und nicht einzelne Regionen abgehängt werden. Um die Akzeptanz der klassischen Kohäsionspolitik zu stärken und sie nachhaltig auszugestalten, sollte die Kosten-Nutzen-Analyse sowohl hinsichtlich ihrer unterschiedlichen Instrumente wie auch hinsichtlich der unterschiedlichen regionalen Wirksamkeit systematisiert werden. Gleichzeitig muss der Infrastrukturpolitik ein größerer Stellenwert zukommen. Die europäischen Verkehrsachsen müssen vollendet werden, um alle bedeutenden Ballungsräume miteinander zu verbinden und als grenzüberschreitende Entwicklungsachsen zur wirtschaftlichen Angleichung von ländlichen Räumen beitragen.

Der europäische Binnenmarkt benötigt leistungsfähige Infrastrukturen. Dabei sind Straße, Schiene und Digitalinfrastruktur gleichermaßen zu fördern, damit das grenzüberschreitende Zusammenwachsen Europas umweltverträglich und zukunftssicher zu gestalten. Die Erfahrung zeigt, dass die Summe nationaler Verkehrspolitiken regelmäßig nicht zu einem europäisch kohärenten Infrastrukturnetz führt, so dass die europäische Kompetenz und Finanzierung hier weiter verstärkt werden muss. Dem öffentlichen Fernverkehr und auch dem grenzüberschreitenden Nahverkehr kommt ihr eine besondere Bedeutung zu.

## **Europäische Grundrechte ausbauen**

Die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und insbesondere der Europäischen Grundrechte ist für die Zukunft Europas von existenzieller Bedeutung. Zu einem gemeinsamen Verfassungsstaat Europa ist es noch ein weiter Weg. Aber die aktuellen Entwicklungen in einigen Mitgliedstaaten zeigen, wie drängend es ist, den Grundsätzen, die im Vertrag über eine Verfassung für Europa verhandelt worden waren, überall in Europa zuverlässig Geltung zu verschaffen. Die seinerzeit vereinbarte Formulierung in Art. 1 -2 hat an Dringlichkeit gewonnen: „Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen

Mitgliedsstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“

## **Europäische Union nach außen stärken**

Von entscheidender Bedeutung für die Zukunft der Europäischen Union wird ein verbesserter Außenauftritt mit vereinten Kräften sein. Grundsätzlich ist in allen EU-Mitgliedstaaten die Einsicht schon länger vorhanden, dass im globalisierten 21. Jahrhundert die europäischen Nationalstaaten in vielen Bereichen an ihre Grenzen stoßen und nur noch gemeinsam handlungsfähig sein werden. Aber noch vor einigen Jahren glaubten die meisten, dass es sich hierbei um eine Einsicht handelt, die eher längerfristig ihre praktische Politikrelevanz entfalten würde. Dies hat sich in den letzten Jahren dramatisch verändert, was vor allem an am US-Präsidenten Donald Trump liegt.

Die führende Weltmacht USA ist unter Donald Trump für Europa leider zu einem unzuverlässigen Partner geworden. Vor Trump war der vergleichsweise niedrige Entwicklungsstand der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik kein so drängendes Problem, weil im Ernstfall auf die transatlantische Partnerschaft bei allen Unterschieden letztlich Verlass war. Gleichzeitig gab es eine gemeinsame globale Agenda zwischen den USA und der EU, nämlich die Stärkung einer regelbasierten und multilateralen Weltordnung. Nun ist aber Trump erkennbar der Überzeugung, dass weder verlässliche Partnerschaften noch der Aufbau einer multilateralen Weltordnung im strategischen Interesse der USA liegen.

Deshalb muss die Europäische Union beschleunigt eine eigenständige außen- und sicherheitspolitischer Handlungsfähigkeit erlangen. Glücklicherweise ist diese nun rasch erforderliche größere Selbstständigkeit Europas nicht gegen die transatlantische Partnerschaft gerichtet. Vielmehr dürfte es uns sogar einer der Ära nach Trump erleichtern, diese transatlantische Partnerschaft, der Deutschland und Europa sehr viel verdankt, zu erneuern. Um in diesen Bereichen die Handlungsfähigkeit der Union zu stärken, ist sowohl formell wie informell ein höheres Maß an Kompetenzübertragung auf die europäische Ebene erforderlich samt vermehrten Entscheidungen jenseits der Einstimmigkeit. Dies gilt insbesondere in der klassischen Sicherheits- und Außenpolitik, der Entwicklungspolitik und der Energie- und Klimapolitik. Der europäischen Handelspolitik mit ihrem hohen Grad der Vergemeinschaftung kommt hier eine Vorreiterrolle zu.

## **Außen- und Sicherheitspolitik**

Die Stabilisierung und Weiterentwicklung einer regelbasierten und multilateralen Weltordnung ist im ureigenen Interesse der Europäischen Union. Die Welt braucht ein Europa, das sich einsetzt für die Stärke des Rechts statt das Recht des Stärkeren, und damit Wegbereiter für kooperative Lösungen der globalen Herausforderungen ist. Unabhängig von der politischen Situation in den USA, dies diesbezüglich lange zentraler Akteur waren und es hoffentlich auch wieder werden, sind hierfür belastbare Partnerschaften mit China, Russland, Indien und anderen starken und perspektivisch globalen Akteuren erforderlich. Diese Partnerschaften müssen wir stärken und weiterentwickeln, bilateral und in den multilateralen Institutionen. Partnerschaftliche Zusammenarbeit heißt für uns ein vertrauensvolles, aber kein naives Vorgehen. Vielmehr funktionieren solche Partnerschaften nur mit einem klaren Blick sowohl für gemeinsame wie auch für divergierende Interessen, gemeinsame Wertvorstellung wie auch Problembereiche.

Gleichzeitig ist eine rasche Europäisierung der Verteidigungspolitik geboten. Dabei geht es nicht um eine Militarisierung der Europäischen Union. Vielmehr geht es darum, eine sehr teure, und national weiterhin stark fragmentierte Beschaffungspolitik und Rüstungsindustrie zu konsolidieren. Der aktuelle Zustand der Ausrüstung der Bundeswehr ist ein gutes Beispiel dafür, wohin die bisherige Politik der nationalen Silos geführt hat. Außerdem ist der Exportdruck kleinteiliger nationaler Rüstungsindustrie besonders groß, da die heimischen Aufträge nicht ausreichen, um die Entwicklungskosten zu refinanzieren. Die Europäisierung sollten wir auch dadurch befördern, dass wir mit unseren europäischen Partner eine Vereinbarung erreichen, die rein nationalen Rüstungsaufgaben nominal auf dem aktuellen Stand einzufrieren. Zusätzliche Mittel sollten es in dem Bereich grundsätzlich nur für gemeinsame europäische Vorhaben zur Verfügung gestellt werden. Außerdem sollten diese europäischen Ausgaben aufgrund ihrer höheren Wirksamkeit mit einem Europafaktor deutlich größer 1 in den Berechnungen für die Verteidigungsausgaben verbucht werden. Das von US-Präsident Trump eingeforderte 2-Prozent-Ziel bei den Verteidigungsausgaben lehnen wir auch deshalb ab.

## **Nachbarschaftspolitik**

Gleichzeitig gilt es, die regionale Zusammenarbeit in der Nachbarschaft der Europäischen Union zu stärken. Regionale Wirtschafts-, Entwicklungs-, Migrations- und Sicherheitspartnerschaften in Osteuropa, in Vorderasien, und im Mittelmeerraum werden für die dynamische Entwicklung und die Stabilität unserer Weltregion von zentraler Bedeutung sein. Die heutigen Instrumente der Nachbarschaftspolitik müssen entsprechen weiterentwickelt werden. So müssen Entwicklungspolitik, Sicherheitspolitik, Bildungspolitik, legale Einwanderungspolitik und Flüchtlingspolitik im Sinne einer nachhaltigen Partnerschaft miteinander verzahnt werden. Dabei sollte auch eine noch stärkere Prioritätensetzung für bilaterale Beziehungen mit strategischer Bedeutung auch im Sinne einer demokratischen, freiheitlichen und menschenrechtsorientierten Entwicklung erreicht werden. Hierfür sind entsprechende Vorkehrungen für die nächste EU-Haushaltsperiode zu treffen.

Der Partnerschaft mit Russland kommt für die Europäische Union eine besondere Bedeutung zu. Die EU und Russland sind wechselseitig auf eine gute Nachbarschaft angewiesen, um Frieden und Wohlstand in unserer Weltregion zu sichern. Dies dürfen wir auch in einer schweren Krise der Beziehungen, wie sie aufgrund der Destabilisierung der Ostukraine und der Annexion der Krim entstanden ist, nicht vergessen. Ziel muss es bleiben, den Einstieg in den Ausstieg aus den Wirtschaftssanktionen zügig zu erreichen, und zwar Zug um Zug auf Basis von Fortschritten bei der Umsetzung des Minsk-Abkommens mit Blick auf den Friedensprozess in der Ukraine. Parallel muss die Zusammenarbeit auch jenseits der Wirtschaftsbeziehungen zu befördert werden, um einer drohenden Entfremdung der europäischen und russischen Gesellschaften entgegenzuwirken. Hierbei sollten Jugend- und Studierendenaustauschprogramme sowie der Hochschul- und Forschungskooperationen ausgebaut werden.

## **Entwicklungspolitik**

Den Mitgliedstaaten muss es endlich gelingen, ihre nationalen Entwicklungspolitiken auf europäischer Ebene zu bündeln. Dies ist kein einfacher Schritt angesichts der entwicklungspolitischen Kompetenzrängeleien die es sogar auf nationaler Ebene immer wieder zwischen unterschiedlichen Ressorts gibt. Gleichwohl ist dieser Schritt dringend erforderlich, um die Effektivität unserer Entwicklungshilfe zu erhöhen und die Empfängerländer von der oft kaum mehr lösbaren Aufgabe der „Geberkoordinierung“ zu entlasten. Zusätzlich hätte die Europäisierung den Vorzug, dass damit einige problematische ex-koloniale Verwicklungen in bilateralen Entwicklungshilfebeziehungen aufgelöst werden könnten. Eine zügige Bündelung der Entwicklungspolitik auf europäischer Ebene ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Entwicklungspartnerschaft mit Afrika. Unser Ziel ist eine Entwicklungspartnerschaft mit Afrika auf Augenhöhe im vollen Bewusstsein unserer gemeinsamen Zukunft und unserer Verantwortung angesichts der kolonialen Vergangenheit.

Von Ost- und Südasiens lässt sich lernen, dass das exportgetriebene Wirtschaftswachstum oft einen größeren Anteil an der Entwicklung hat, als die Entwicklungshilfe selbst. Deshalb ist der Ausbau fairer und nachhaltiger Handelsbeziehungen mit unseren afrikanischen Nachbarn, die unter dem Wettbewerb aus Asien in den letzten 20 Jahren etwas gelitten haben, eine hohe Priorität. Dazu müssen insbesondere nicht-tarifäre Handelshemmnisse, Governance- und Infrastrukturprobleme deutlich konsequenter angegangen werden, ohne dabei soziale Aspekte zu vernachlässigen. Im 21. Jahrhundert sollte eine gute Entwicklungspolitik immer auch eine rasche Vertiefung der tatsächlichen Handelsbeziehungen im Blick haben, im Sinne eines fairen Handels, der sich an beiderseitigen Wohlstandsgewinnen, ökologischer Nachhaltigkeit und sozialem Ausgleich messen lassen muss.

## **Handelspolitik**

Für unseren Wohlstand ist ein regelbasierter, offener und fairer Welthandel von zentraler Bedeutung. Die offene Missachtung von Donald Trump und seiner Administration für die Regeln der WTO ist deshalb eine doppelte Gefahr. Einerseits droht unser bilaterale Handelskonflikt mit den USA inzwischen zu einem Handelskrieg zu eskalieren, mit potenziell großem wirtschaftlichen Schaden auf beiden Seiten des Atlantiks und speziell auch für Deutschland. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass die WTO mit ihrem Regelsystem insgesamt dabei nachhaltigen Schaden erleidet. Die Stillhaltevereinbarung zwischen US-Präsident Trump und Kommissionspräsident Juncker verschafft uns nur etwas Aufschub und ist noch keine Lösung. Deshalb kann und muss es gelingen, weltweit neue Allianzen zu schmieden. Sogar in China, das sich bislang auch nicht immer regelkonform verhalten hat, wächst die Einsicht, dass ein Zusammenbruch des Welthandelssystems auch nicht in ihrem Interesse sein kann.

Parallel muss der zügige Ausbau unseres Netzes von bilateralen Handelsabkommen gelingen. Dabei geht es nicht um den naiven Glauben an den Segen von entfesselten Handelsströmen. Vielmehr sind

solche Abkommen aktuell der vielversprechendste Weg für vertiefte und faire Handelsbeziehungen mit klaren und fortschrittlichen Regeln und eine kluge Antwort auf den Trumpschen Protektionismus. EU-Handelsabkommen müssen weiterhin ambitionierte Bestimmungen zum Umwelt- und Arbeitnehmerschutz beinhalten. Außerdem ist sicherzustellen, dass es zu keiner Gefährdung der kommunalen Daseinsvorsorge kommt und mit dem Investorenschutz keine demokratischen Entscheidungsprozesse durch die Hintertür ausgehebelt werden. Nach langen Verhandlungen konnten mit Kanada im CETA-Abkommen entsprechende Maßstäbe gesetzt werden. Hinter diese darf man in zukünftigen Abkommen nicht zurückfallen.

## **Energie- und Klimapolitik**

Mit dem Pariser Klimaabkommen wurde ein wichtiger Erfolg in einer zentralen Menschheitsfrage erzielt. Aber die eigentliche Arbeit liegt noch vor uns. Europa muss es in einer gemeinsamen Anstrengung gelingen, die eigenen Klimaschutzziele auch wirklich zu erreichen, und dass zu möglichst geringen wirtschaftlichen Kosten. Die betroffene Branchen müssen sich dem Strukturwandel stellen, statt ihn zu vertagen, um ihre Zukunftsfähigkeit zu sichern. Gleichzeitig stehen wir für eine Politik, die den betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern insbesondere in strukturschwachen Regionen neue Perspektiven eröffnet. Deshalb schlagen wir einen Europäischen Energiewendefonds vor, vergleichbar mit dem bereits bestehenden Europäischen Globalisierungsfonds, durch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer europäisch unterstützt werden, die aufgrund der Globalisierung ihren Arbeitsplatz verlieren. Wenn die Energiewende in Deutschland oder anderen nationale Klimaschutzinitiativen nicht endlich sinnvoll europäisiert werden, werden die hohen Systemkosten der nationalen Silolösungen die Einhaltung der Klimaschutzziele bereits mittelfristig ernsthaft gefährden. Auch in technologischen Systemfragen müssen wir deutlich enger europäisch und international zusammenarbeiten, um dank technischem Fortschritt auch dort weiterzukommen, wo die Klimaschutzdiplomatie bislang keine verbindlichen Regelungen erreichen konnte.

Gleichzeitig benötigen wir eine konsequente Europäisierung des Strom- und Gasmärkte. Nur so lassen sich die Erfordernisse des Klimaschutzes, der Versorgungssicherheit und der Wirtschaftlichkeit miteinander in Einklang bringen. Beispielsweise ließe sich mit europäischen Netzen und einem europäischen Strommarkt das Problem von Speicherung und Reservekapazitäten für schwankende Erneuerbare grenzüberschreitend deutlich besser und günstiger lösen. Darüber hinaus ließen sich regionale Standortvorteile für erneuerbare Energien, insbesondere bei Sonne, Wind und Wasserkraft viel konsequenter nutzen, was die Kosten der Energiewende deutlich reduzieren würde. Aber auch der aktuelle Streit um Nord Stream 2, ein Infrastrukturprojekt, das mit einem funktionierenden gesamteuropäischen Gasmarkt erkennbar nicht nur im deutsch-russischen, sondern im gesamteuropäischen Interesse wäre, ließe sich so elegant entschärfen.

## **Disruptive Innovationen und digitale Governance**

Europa muss eine der führenden Innovationsregionen der Welt sein und bleiben. Für uns sind wissenschaftliche und technische Innovationen ein ganz wesentlicher Bestandteil der politischen Gestaltung unserer Zukunft. Sie muss zunehmend auf die europäische Ebene gehoben werden, um global eine tragende Rolle übernehmen zu können. Deshalb unterstützen wir das Vorhaben, die EU-Agentur für disruptive Innovationen nach dem Vorbild von DARPA in den USA einzurichten. Auch setzen wir uns für die Verdopplung der Forschungsausgaben im 9. Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe im Vergleich zum 8. Forschungsrahmenprogramm auf ein Gesamtbudget von deutlich über 100 Milliarden Euro ein. Dies muss gekoppelt werden mit einer stärkeren strategischen Priorisierung und der Zweigleisigkeit von Exzellenz in der Forschung (Labs) und Exzellenz in der innovativen Produktion (Fabs), ganz im Sinne des Lamy-Berichts.

Die Zukunft des Internets muss demokratisch gestaltet werden. Es kann nicht sein, dass einige wenige privatwirtschaftliche und gewinnorientierte Digitalplattformen darüber bestimmen, wie die digitalen Räume im Netz auszusehen haben. Die Frage, wie die Digitale Gesellschaft in Zukunft aussehen soll, welche Rechte und Pflichten dort gelten, muss demokratisch mit politischen und zivilgesellschaftlichen Organisationen innerhalb einer multilateralen Global-Governance-Struktur beantwortet werden. Hier kann Europa mit intelligenter Regulierung eine Vorreiterrolle spielen, die dann eine gute Chance hat, die Basis für einen globalen Standard zu werden, wie das Beispiel der Datenschutzgrundverordnung zeigt.

Die Demokratisierung der Digitalisierung muss bei uns vor Ort anfangen. Die Menschen in den Städten und Kommunen in Europa müssen Teil der digital-demokratischen Meinungs- und Willensbildung sein. Dafür brauchen wir eine digitale Grundversorgung mit kostenlosen Zugängen zum Netz an öffentlichen Orten, mit einer freien Informationsversorgung im Netz für eine informierte Öffentlichkeit, mit freier

Open-Source-Software insbesondere auch für kommunale Anwendungen. Aber zu schaffen ist das nur mit einem europäischen Rahmen. Deshalb fordern wir einen einheitlichen europäischen Standard zur digitalen und informationellen Grundversorgung, eine europäische Softwareinitiative für öffentliche Anwendungen in Verwaltungs- und Bildungseinrichtungen und eine europäische Ausgestaltung des öffentlich-rechtlichen Informationsauftrags im digitalen Zeitalter.

Genauso wichtig ist die Zukunftssicherung der privaten Contentanbieter und hier nicht zuletzt der Medien und des unabhängigen Journalismus. Deshalb müssen die hochprofitablen Internetgiganten endlich wirkungsvoll zur Refinanzierung von Content, vom dem sie profitieren, herangezogen werden. Dies muss aber im europäischen Urheberrecht auf eine Art und Weise geschehen, die das Internet als offene und innovative Plattform für Privatpersonen und Start-Ups erhält und nicht etwa die Vormachtstellung der großen Plattformen zementiert.

Mit der Digitalisierung geht auch ein kultureller und gesellschaftlicher Wandel einher. Im Idealfall stellt die dezentrale Architektur des Internets so manche überkommene Hierarchie in Frage, stellt im Idealfall Aufklärung und Wissen über Macht und Position und ermöglicht so einen neuen Demokratisierungsschub. Im ungünstigsten Fall hingegen ermöglicht das Internet einen neuen Überwachungsstaat, schürt durch digitale Filterblasen die Entstehung eines anti-aufklärerischen Wutbürgertums und macht die Manipulation von Demokratie möglich. Durch entsprechende europäische Regulierung der großen Internetplattformen und durch Förderung von nicht-kommerziellen Plattformen müssen wir die Freiheit des Internets sichern und die Voraussetzung dafür schaffen, dass sich Bürgerinnen und Bürger mündig und souverän in der digitalen Gesellschaft bewegen und zurechtfinden können.

## **Handlungsfähigkeit der Europäischen Union verbessern**

Ohne eine deutliche Verbesserung der Handlungsfähigkeit der Europäischen Union wird sich diese ambitionierte Zukunftsagenda nicht umsetzen lassen. Hierfür notwendig ist insbesondere eine ausreichende finanzielle Untersetzung der europäischen Zukunftsaufgaben für die nächsten EU-Haushaltsperiode sowie eine Stärkung der europäischen Demokratie und Öffentlichkeit. Außerdem ist ein Bewusstseinswandel bei den Regierungen der Mitgliedstaaten erforderlich. Auf erstarkende neo-nationalistische Strömungen darf nicht länger mit nationaler Engstirnigkeit und ängstlichen Formelkompromissen reagiert werden, die Europa lähmen. Stattdessen benötigen wir wirkungsvolle europäische Lösungen, deren Mehrwert sich vermitteln lässt.

## **Mehrwert Europas und der mehrjährige Finanzrahmen (2021-2027)**

Damit der beschriebene Mehrwert Europas im Außenauftritt auch umgesetzt werden kann, ist ein grundlegender Umbau des Europäischen Haushalts erforderlich. Der Kommissionsvorschlag für den mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027 zeigt hierfür gute Ansätze auf, indem er Ausgaben für Zukunftsfelder deutlich aufstockt, während Kürzung in historischen gewachsenen Teilen des Haushalts vorgeschlagen werden, wie zum Beispiel der Landwirtschaftsförderung. Aber um die ambitionierten Ziele wirklich zu erreichen, wird man in der Umschichtung der Mittel von historisch gewachsenen Ausgaben hin zu Zukunftsfeldern noch mutiger sein müssen. Darüber hinaus fordern wir eine deutliche Verlagerung von Ausgaben aus den nationalen Haushalten hin zum europäischen Haushalt überall dort, wo eine europäische Verausgabung effektiver wäre.

Wo der Nationalstaat an seine Grenzen stößt, spart eine Umschichtung der Mittel von den nationalen Haushalten hin zum Europäischen Haushalt schlicht Geld. Denn es geht hier nicht um zusätzliche Mittel, sondern allein um die Frage, auf welcher Ebene die Mittel wirkungsvoller zum Einsatz kommen können. Anhand von fundierten Studien sollten wir eine genauere Vorstellung davon zu entwickeln, in welchen Bereichen der europäische Mehrwert in diesem Sinne in den kommenden Jahren am größten sind. Entsprechende Studien müssen rasch vorgelegt werden, bevor die Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen finalisiert werden können. Deutschland und Frankreich kommt hier eine Schlüsselrolle zu.

## **Europäische Demokratie weiterentwickeln**

Eine starke Demokratie braucht ein starkes Parlament. Das Europäische Parlament repräsentiert die Bürgerinnen und Bürger der EU direkt und muss deshalb weiter gestärkt werden. Deshalb sollte das Europäische Parlament das Initiativrecht erhalten und mehr Rechte bei der Ernennung und Kontrolle der Europäischen Kommission bekommen. Der Spitzenkandidatenprozess zur Europawahl muss beibehalten und die Rolle von europäischen Parteien nachhaltig gestärkt werden. Kommission und Europaparlament sind Regierung und Parlament Europas. Das muss anhand von Kompetenzen,



Verfahren und Personal noch deutlicher werden und für Europas Bürgerinnen und Bürger noch unmittelbarer erfahrbar.

Dazu benötigen wir auch die Entwicklung einer echten europäischen Öffentlichkeit. Zu oft debattieren wir europäische Themen aus finnischer, spanischer, deutscher oder sogar bayerischer Perspektive, anstatt europäisch über gemeinsame Probleme zu reden. Das kann und muss sich ändern. Wichtig sind hier zum Beispiel die feste Etablierung des Englischen als Lingua Franca der Union und eine Ausweitung von Erasmus+. Zugleich ist ein neuer Ansatz in der Medienpolitik erforderlich, um die Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit befördern. Insbesondere sollte hierzu eine an den Nutzungsgewohnheiten des digitalen Zeitalters ausgerichtete europäische öffentlich-rechtliche Internetplattform geschaffen werden, die attraktiven europäischen Content zu Verfügung stellt und große europäische Debatten ähnlich konsequent in alle Länder überträgt wie es heute schon mit dem Eurovision Song Contest geschieht.

## **Thüringen im Herzen Europas**

Von einem einigen, starken und weltoffenen Europa profitiert Thüringen im Herzen Deutschlands und Europas ganz besonders. Dank Lagegunst, einer starken Bildungs- und Forschungslandschaft, exzellenter Infrastrukturanbindung, einer guten Fertigungsbasis und einigen hochwertigen Spezialisierungsfeldern ist Thüringen in Europa und auch dank Europa gut positioniert. In den letzten 3 Jahrzehnten hat Thüringen in einem hohen Maße von europäischen Strukturmitteln profitiert. Die damit beförderte wirtschaftliche Dynamik führt allerdings – zusammen mit dem Brexit – dazu, dass die Strukturmittel in den kommenden Jahren deutlich weniger werden. Deshalb verfolgt die Thüringer Landesregierung eine sinnvolle Doppelstrategie, indem sie versucht, zusammen mit den anderen ostdeutschen Ländern auch angesichts der besonderen Herausforderungen eines zum Teil dramatischen demographischen Wandels zumindest einen Teil der Förderung doch noch in die nächste Förderperiode zu retten. Gleichzeitig stellt sie zusammen mit den Thüringer Akteuren die Weichen, um die europäischen Fördermöglichkeiten jenseits der Strukturfonds noch besser für Thüringen zu nutzen.

Die Europäerinnen und Europäer und als Thüringerinnen und Thüringer sind wir im 21. Jahrhundert auf eine starke und handlungsfähige EU angewiesen. Das gilt im Inneren, wo vieles besser organisiert werden und Europa wirtschaftlich stabiler, sozial gerechter und demokratischer werden muss. Und das gilt im Äußeren, wo die EU ihre Verantwortung zur Herbeiführung von kooperativen Lösungen der vielfältigen globalen Herausforderungen wahrnehmen muss. Dabei werden wir uns mit aller Entschiedenheit gegen jene politischen Kräfte wenden, die das europäische Projekt durch Rechtspopulismus oder Nationalegoismus zu zerstören drohen.

Die Zeit für umfassende Reformen in Europa ist jetzt. Das wir die SPD auf Landesebene, in der Bundesregierung und im Europaparlament und nicht zuletzt bei der Europawahl im Mai 2019 deutlich machen.